

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellern und in allen Städten erhältlich

am 12. Januar
im
Ausstellungspalast
20 Uhr
Kundgebung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarisches

Wochen

Abbestellfrist: bis neunmal gelieferte Kopien...
Preis: 1,50 RM (ab 1.1.1932)

Die Post 2,50 RM (ohne Zollerhebung)...

Verantwortlich für Politik: ...
Verantwortlich für Redaktion: ...

8. Jahrgang

Dresden, Montag den 11. Januar 1932

Nummer 8

Starker KPD-Wahlerfolg in Lippe-Deilmold

Kommunistische Partei gewinnt 57 Prozent gegenüber den letzten Reichstagswahlen. Massenabkehr vom Sozialfaschismus. Auch Brüning-Zentrum verliert. Nationalsozialisten nicht mehr imstande, alle bürgerlichen Verluste aufzufangen

Massenbekenntnis für den Kommunismus!

Deilmold, 11. Januar (Eig. Drahtbericht)

Am Sonntag fanden in Lippe-Deilmold die Wahlen zu den Kreisräten und den Stadtverordnetenversammlungen statt. Die Kommunistische Partei ging hierbei als stärkste Siegerin hervor. Sie gewann nicht weniger als 57 Prozent gegenüber den Stimmen der letzten Reichstagswahl, während die Sozialdemokratie nur 30 Prozent Stimmen verlor. Die Gewinne der Nationalsozialisten hielten nur die Hälfte der Stimmen dar, die die Sozialpartei, Volkspartei und bezweifelnderweise auch das Zentrum verloren haben. Das vorläufige Gesamtergebnis ist folgendes: (Die Zahlen in Klammern sind die Stimmen der letzten Reichstagswahlen.)

KPD	9333	(6045)
SPD	22651	(30150)
Zentrum, Staatspartei usw.	17156	(27397)
Nazis	25357	(20388)
Deutschnationale	8114	(7487)

Das vorläufige Wahlergebnis für den Kreis Deilmold zeigt folgende Zahlen: KPD 3028 (3514), SPD 10272 (8), Deutschnationale 3730 (2), Bürgerliche 4061 (3), Zentrum 1295 (0), Nationalsozialisten 1493 (1), Nazis 8982 (7), Neutrale 428 (0).

Deilmold Stadt: Zentrum 423 (450) Stimmen, Volksdienst 670 (1024), Kreisoberschulrat 302 (552) bei den Stadtverordnetenwahlen (1928), Kommunisten 797 (431), Sozialdemokraten 1354 (2370), Neutrale 307 (-), Staatspartei 188 (616), Deutsche Volkspartei 683 (1280), Deutschnationale 980 (807), Nationalsozialisten 2852 (2152).

Solkullen: Kommunisten 992 (376), Sozialdemokraten 2031 (3190), Zentrum 484 (606), Deutschnationale 336 (747), Vereinigte Bürgerliste 505 (-), Evang. Vereinigung 656 (753), Bürgerliche Liste Schötmar 405 (-), Kriegsbeschädigte und Arbeitslosen 232 (-), Nationalsozialisten 2565 (2908).

Blomberg: Bürgerliche Liste 1261 (-), Sozialdemokraten 621 (859), Parteilose 196 (-), Kommunisten 241 (223).

Kreis Lemgo: Kommunisten 3055, Sozialdemokraten 8846, Deutschnationale 2481, Nationalsozialisten 8927, Allgemeinwohl über Sonderwohl 824, Bürgerliche Liste 2829.

Besonders bedeutungsvoll bei diesen Wahlen ist die Tatsache, daß der prozentuale Stimmengewinn der kommunistischen Partei doppelt so stark ist, als der der Nazis, die nicht imstande waren, die Verluste der bürgerlichen Parteien aufzufangen. Charakteristisch ist, daß das Zentrum, die Partei des Reichskanzlers Brüning, ebenfalls härtere Verluste als bisher zu verzeichnen hat. Der katastrophale Rückgang der Sozialdemokratie kennzeichnet die Abkehr der proletarischen Massen von der faschistischen Tolerierungspolitik der Weis und Leipzig.

Die KPD hat bereits Tausende dieser bisherigen sozialdemokratischen Wähler erlangt. Wenn es ihr noch nicht restlos gelungen ist, alle diese Proletarier in die rote Klassenfront einzuführen, so steht auch hier die Aufgabe, die Fehler und Schwächen, die vom Genossen Thälmann so treffend aufgezeigt wurden, völlig auszumergen, um den Vorwärtsschritt der revolutionären Kampftruppe unter dem kommunistischen Banner einheitlicher zu gestalten.

SAECHSISCHES MINISTERIUM DES INNERN Dresden, 8. Januar 1932 Königsufer 2

Pensionkürzungen für Beamte

In Nr. 3 der „Arbeiterstimme“ vom 5. Januar 1932 ist unter der Überschrift:

Pensionkürzungen für sächsische Beamte

behauptet worden, die Sächsische Regierung habe die Ruhegehälter für gewisse Beamte und entsprechend auch die Witwen- und Waisengehälter der Beamten herabgesetzt. Diese Behauptung ist irreführend. In der „Ersten Bekanntmachung über Pensionkürzungen“ vom 22. Dezember 1931, veröffentlicht im Gemeinsamen Ministerialblatt Seite 91, die der Verfasser der Veröffentlichung offenbar im Auge hat, handelt es sich lediglich um die Ausführung reichsrechtlicher Vorschriften und nicht um eine außerhalb der Bestimmungen des Reiches durch die Sächsische Regierung vorgenommene Herabsetzung.

Dies war aus der Bekanntmachung ohne weiteres zu erkennen, denn ihr Eingang lautet: „Auf Grund von Kap. V, Abschn. 1 des Dritten Teiles der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6. Oktober 1931 usw.“ Die in dem Artikel enthaltenen Angriffe auf die Sächsische Regierung sind daher unbegründet.

Ministerium des Innern
Richter

Einige Lehren der letzten Kämpfe

Von Franz Dahlem

Die Berichte aus allen Bezirken Deutschlands besagen übereinstimmend, daß die Empörung und der Abwehrwille der Massen der Betriebsarbeiter im Wachstum begriffen ist. Die Betriebsstreiks u. die verschiedenartigen Bewegungen innerhalb der Betriebe, wozu die Zeitungen seit Anfang Januar berichten, sind der Anfang einer Welle von Kämpfen, die sich in den nächsten Wochen und Monaten über alle Industrie- und alle Bezirke ausbreiten wird. So augenscheinlich und so voller Diskussion waren die Betriebe seit Jahren nicht mehr — und wenn erst in dieser und nächster Woche bei den ersten Lohnkürzungen der Abbau unmittelbar sichtbar wird, dann ist es unausweichlich, daß die Belegschaften immer deutlicher auf den Plan treten werden.

Entsprechend dieser inneren Lage in der Betriebsarbeiterschaft zeigen die Tatsachen, daß es täglich zahlreiche Betriebe gibt, in denen die Belegschaften auf irgendeine Weise durch vielfältige Formen der Aktion ihrer Empörung und ihrem Kampfwillen Ausdruck geben. Stellungnahme in den Pausen, Hinhaltungen, kurze Proteststreiks, passive Resistenz, viel entscheidendes Zurückweichen der Frechheit der Antreiber, Direktoren usw. — das sind Sturmzeichen. Erst in einem geringen Grade ist in Berlin und im Reich diese Stimmung bis zu den stattgefundenen Streiks gebrochen. Aber die Welle sozialdemokratischer Streikbrecher, die vor einigen Tagen im „Vorwärts“ jubelte, daß es gerade „ans Wunderbare grenze“, daß die Betriebsarbeiter so „ruhig“ blieben, wird noch zu früh jubelt haben.

Es ist so, daß wird aus vielen Betrieben berichtet, daß oft nur ein Funke genügt, um den Kampf auszulösen. Der Streik der AEG Hennigsdorf war typisch für den augenblicklichen Stand der Kampfbereitschaft der Massen: ein unbestimmter Streik wurde von der Betriebsversammlung abgelehnt, ein vierundzwanzigstündiger Proteststreik jedoch mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Für die steigende Kampfkraft der Arbeiter zeigen jene immer häufiger werdenden Beispiele, wo es in einzelnen Betrieben gelang, den Lohnabbau abzuwehren bzw. einen Teilerfolg zu erringen. Am typischsten ist das Beispiel der Harburger Velfabrik Brindmann & Mergel, wo der Unternehmer zu der Bezahlung einer Zulage als „Ausgleich“ gezwungen wurde, was zum großen Teil den 12prozentigen Abbau aufhob. Die Lehre der bisherigen Januarkämpfe ist also nicht nur, daß die Arbeiter sich mit der Welle des Streiks gegen den Lohnabbau wehren, sondern daß es möglich ist, ihn ganz oder teilweise abzuwehren.

In vielen Betrieben kam es zur Annahme von Streikbeschlüssen — aber zu keiner Kampfauslösung. In vielen Betrieben — insbesondere in Ruhrbergbau — fanden die Belegschaften eine Stunde, anderthalb Stunden und diskutierten ehe sie eintraten. Was sind die Ursachen für dieses Zögern und diese Schwankungen?

Gewiß gibt es objektive Schwierigkeiten: die meisten Arbeiter waren durch die Arbeitslosigkeit materiell ausgezehrt. Neben mit ihren Familien ohne einen Pfennig daheim besetzt

Nationalistisches Manöver Brünings

Erklärung Brüning gegen die Tributzahlungen. Konferenzen mit Hitler, Hugenberg, Dingeldey und dem Banfürsten Stauff. Erbärmliche Rolle der SPD

Das die „Volksgemeinschaft“ von Brüning, Hitler und Weis nicht nur die Wiederwahl Hindenburgs gebildet werden soll, sondern viel größere Ziele verfolgt, hat sich sehr rasch gezeigt. Am Sonnabend hat der Reichskanzler Brüning eine Erklärung zu den kommenden Reparationsverhandlungen abgegeben, die eine reaktionäre imperialistische Einheitsfront auch in der Außenpolitik von Hitler und Weis bedeutet.

Brüning erklärte offen, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Es gebe jetzt „keine Kompromißlösung mehr, sondern nur noch völlige Streichung der Tribute“. Das ist ein solches nationales Manöver Brünings, das seit Monaten mit Thyssen und Hitler vorbereitet wurde.

Am Sonnabend, in den Mittagsstunden, ist Hitler abermals von Brüning empfangen worden. An der Unterredung nahmen außerdem Treutsonus und Frick teil. Danach hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit dem deutschnationalen Inflationsminister Hugenberg.

Roth wurde der Führer der Volkspartei Dingeldey von Brüning empfangen. Dingeldey erklärte die Fortsetzung von Hindenburgs Präsidentschaft als „oberstes Ziel“ seiner Partei. Diese Linie vertrat Dingeldey auf der Tagung der Reichstagskommission der Deutschen Volkspartei für Handwerk, Einzelhandel und Gewerbe, die am Sonntag in Magdeburg tagten. Dingeldey führte dort aus:

„Die Gestalt Hindenburgs sei das Symbol dafür, daß Deutschland nicht die Weite revolutionärer Kräfte werde. Man müsse Verständnis dafür haben, daß Hindenburg seinen Namen nicht durch tumultuarische Versammlungen gesetzt leihen möchte. Deshalb soll der Reichstag seine Wiederwahl beschließen. Dingeldey wies auf die Besprechungen hin, die er dieser Tage mit Hitler hatte, wobei Hitler die Notwendigkeit einer weiteren Präsidentschaft Hindenburgs erkannt habe. Es sei zu wünschen, daß Hitler den Weg finde, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen.“

Am Sonntagmittag war der Führer der Deutschnationalen, Hugenberg, beim Reichskanzler Dr. Brüning. Über den Verlauf der Unterredung wird Stillischweigen gewahrt. Hugenberg wird am Montag wieder eine Besprechung mit Hitler abhalten, um mit ihm gemeinsam weiter zu beraten.

Auf dem Wege der faschistischen Volksgemeinschaft über den Rückfall um die Amtverlängerung Hindenburgs möchte Hitler in die Regierung hineinkommen. Dabei hat er die Schwerindustrie auf seiner Seite, die schon seit Wochen die Einbeziehung der nationalen Reserven in die Regierung zum Einlass in der Außenpolitik verlangt. Am Sonnabend erst hat der Großbankier und vielfache Millionär von Stauff Hitler im Kallert Hof die Bedingungen des Finanzkapitals gegeben.

Die Erklärung Brünings zur Reparationsfrage ist ein solches Manöver Brünings, das seit Monaten mit Thyssen und Hitler vorbereitet wurde.

Die Erklärung Brünings zur Reparationsfrage ist ein solches Manöver Brünings, das seit Monaten mit Thyssen und Hitler vorbereitet wurde.

Die Erklärung Brünings zur Reparationsfrage ist ein solches Manöver Brünings, das seit Monaten mit Thyssen und Hitler vorbereitet wurde.

Die Erklärung Brünings zur Reparationsfrage ist ein solches Manöver Brünings, das seit Monaten mit Thyssen und Hitler vorbereitet wurde.